

Emma Dowling, Silke van Dyk und Stefanie Graefe

Rückkehr des Hauptwiderspruchs?

Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“

Donald Trumps Wahlsieg in den USA, der relative Erfolg der AfD hierzulande, das Votum für den britischen Brexit, die Entwicklungen in Frankreich, den Niederlanden und Österreich sprechen eine deutliche Sprache: Emanzipatorische Politikmodelle und die linke Kritik neoliberaler Hegemonie sind, von Ausnahmen abgesehen, in der Defensive. Angesichts dessen stellt sich die Frage nach Erklärungen, und so tobt in Feuilletons und Zeitschriften eine Debatte darüber, warum die (neoliberalen) Verhältnisse gegenwärtig vorrangig von rechts kritisiert werden. Wir verfolgen diese Debatte mit Interesse, aber auch mit zunehmendem Befremden, beobachten wir doch gerade in linken Beiträgen eine Tendenz, die soziale Frage zulasten anderer Widersprüche zu priorisieren. In der Diskussion dieser Tendenz greifen wir bewusst zum Mittel der Zuspitzung und beziehen uns auch auf Aussagen von Autor*innen, deren Analysen wir in vielen anderen Hinsichten teilen. Mit dieser Fokussierung wollen wir auf ein Problem hinweisen, das sich u.E. auch jenseits der Feuilletons für die globale Linke aktuell stellt: die derzeitige Entwicklung zu erfassen und zu kritisieren, ohne dabei die Errungenschaften und Erkenntnisse der neuen und neuesten sozialen Bewegungen über Bord zu werfen.

Ein homogenes Klassensubjekt?

Die uns diskussionswürdig erscheinende Argumentationslinie geht davon aus, dass die Bereitschaft von De-Klassierten, Arbeiter*innen und/oder Unterschichten (das Subjekt der Diagnose changiert), rechts zu wählen oder sich für rechtspopulistische Politikangebote zu begeistern, auf ein durch den Neoliberalismus verletztes, vermeintlich homogenes Klasseninteresse zurückgeführt werden kann. Das ist analytisch nicht der Hauptwiderspruch der marxistischen Debatten vergangener Tage, inhaltlich aber eine klare Hierarchisierung gesellschaftlicher Widersprüche, die in unterschiedlichen Varianten auftritt:

Am prominentesten ist sicherlich das *Notwehr-Argument*, das dem Wortsinn nach Freispruch von Verantwortung impliziert: Hier wird davon ausgegangen,

dass die Hinwendung zu rechten Parteien unvermeidlich sei, da sich infolge der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie kein geeigneter Adressat für soziale Anliegen mehr finde. Vor allem hierzulande viel beachteter Stichwortgeber der Notwehr-These ist Didier Eribon (2016: 124), wobei dieser den manifesten Rassismus der rechten Anhängerschaft nicht bestreitet; die zum *Front National* Übergelaufenen, so Eribon, seien bereits als Kommunist*innen zu großen Teilen rassistisch eingestellt gewesen (ebd.: 133). Andere Kommentator*innen hingegen klassifizieren Rassismus mehr oder weniger explizit als abgeleitetes bzw. „uneigentliches“ Phänomen, das letztlich der Erfahrung sozialer Deklassierung geschuldet sei (vgl. Jörke/Selk 2015; Fraser 2017; Baron 2016; Zizek 2017; Jones 2012: 254ff.). Nancy Fraser (2017: 90) etwa betont, dass die „*Mehrheit* der Trump-Wähler [...] *weder Rassisten noch in der Wolle gefärbte Rechte sind*, sondern Opfer des ‘manipulierten Systems’.“ (Herv.: Autorinnen). Diesen Punkt noch weiter zuspitzend skizziert Owen Jones in seinem Buch *Dämonisierung der Arbeiterklasse* den liberalen Anti-Rassismus als Instrument eines Klassenkampfes von oben, mit dem „weiße Arbeiter in die Pfanne“ gehauen würden (Jones 2012: 148).

Neben der Notwehr-Diagnose findet sich das *Mehrheiten-Minderheiten-Argument*, das weniger einen von rechts geführten ökonomischen Klassenkampf als einen Kulturkampf ausmacht. Hier wird beklagt, dass die Kämpfe kleiner Gruppen die Interessen der Mehrheit an den gesellschaftlichen Rand gedrängt hätten, sodass deren Anliegen – ökonomischer wie kultureller Art – über Jahrzehnte vernachlässigt worden seien. Adressatin der Kritik ist hier nicht die neoliberale Politik, sondern „die Linke“, womit von Linkliberalen über (autonome) soziale Bewegungen bis hin zu Poststrukturalist*innen alles gemeint sein kann. Stichwortgeber ist hier der US-amerikanische Kulturwissenschaftler Marc Lilla, der für einen neuen Linkliberalismus plädiert, der „sich auf die Verbreiterung seiner Basis konzentrieren und die Amerikaner als Amerikaner ansprechen [würde]; dabei würde er den Anliegen Priorität geben, die einem Großteil der Bevölkerung am Herzen liegen. [...] Kleinere Anliegen, die symbolisch stark aufgeladen sind und die potentielle Verbündete abschrecken könnten – insbesondere Fragen der Sexualität und der Religion –, würden diskret, einfühlsam und mit einem Gefühl für Verhältnismäßigkeit behandelt.“ (Lilla 2017: 51) Die Annahme, dass eigentlich nachrangige Minderheitenanliegen von „der“ Linken problematischerweise zu Kernproblemen erklärt würden, findet sich auch bei anderen Autor*innen wieder (z.B. Baron 2016: 201ff.).

Auch auf der Ebene politischer Strategien findet sich eine neue „Hauptwidersprüchlichkeit“: Wenige gehen so weit wie Bernd Stegemann (2017), der im Anschluss an den US-amerikanischen Ökonomen Robert B. Reich explizit für eine Querfrontstrategie von Linken und Rechten gegen den Neoliberalismus plädiert. Die Idee aber, der Hauptfeind sei nicht die Neue Rechte, sondern der

Neoliberalismus, findet sich bei einigen wieder, die sich in der Linken verorten (z.B. Nölke 2017). Wolfgang Streeck (2017: 262) etwa beklagt „die moralische und kulturelle Ausbürgerung der Antiglobalisierungsparteien“ und unterstellt auf diese Weise eine gemeinsame Schnittmenge der Anliegen von rechts und links. Wo er zudem von den „kleinen Leuten“ spricht, die Opfer des liberalen Kosmopolitismus und seiner „antinationalen Umerziehungsmaßnahmen“ (217) werden, erscheinen Nationalismus und Rassismus als plausible Renitenz gegen den gemeinsamen Gegner.

Zusammengefasst schlägt die berechtigte Kritik am Neoliberalismus in den genannten Argumentationen um in die Suche nach dem „echten“, nicht durch Vielfalteuphorie verwässerten Klassensubjekt. Die Annahme, die Linke habe sich zu sehr auf Kämpfe gegen kulturelle Diskriminierung konzentriert und darüber den eigentlich wichtigeren Kampf gegen ökonomische Ausbeutung vergessen, ist grundlegend für diese Argumentationsfigur. In den Hintergrund rückt dabei die Idee, dass eine emanzipatorische Linke in der Lage sein sollte, Rechtspopulismus und Neoliberalismus gleichermaßen zu kritisieren – ohne Antirassismus oder Antisexismus auf der einen und soziale Gleichheit bzw. Gerechtigkeit auf der anderen Seite gegeneinander auszuspielen.

Nostalgie des Klassenkompromisses

Konzeptionell fragwürdig erscheint uns an dieser Argumentation, dass es ein unproblematisches „eigentliches“ Klassensubjekt nicht gibt und nie gab. Zwar stellte es sich zu Hochzeiten des fordistischen Klassenkompromisses oberflächlich so dar: hier die – bestenfalls kollektiv organisierte – Arbeiterschaft, dort die antagonistischen Interessen von Kapital und Politik. Doch dieser Klassenkompromiss war mit Blick auf Geschlechterverhältnisse, die Ausbeutung migrantischer Arbeitskraft und internationale Ungleichheiten von Anfang an ein sexistischer, rassistischer und nationaler Klassenkompromiss; das fordistische Sicherheitsversprechen ist von diesen Unterdrückungs- und Diskriminierungsverhältnissen nicht zu lösen. Und das heißt umgekehrt: Bei Kämpfen gegen Rassismus und Sexismus handelt es sich nicht um bloß kulturelle oder symbolische Auseinandersetzungen, sind sie doch auf das Engste mit ökonomischen (Klassen-)Verhältnissen verschränkt. Natürlich waren auch weiße, proletarische Männer im Fordismus nur bedingt privilegiert, verglichen aber mit vielen Frauen, die zwar über ihre Ehemänner abgesichert, erwerbsmäßig aber prekär waren, wie auch im Vergleich zu migrantischen Arbeitskräften, haben sie stärker von den fordistischen Sicherheiten profitiert. Selbstverständlich ging mit der Durchsetzung des Neoliberalismus eine massive Umverteilung von Einkommen und Vermögen

zulasten dieser vormals bedingt Privilegierten einher, aber auch heute sind die ehemaligen weißen Industriearbeiter nicht unbedingt das Schlusslicht der sozialen Stufenleiter und sind Geschlecht und Ethnizität weiterhin zuverlässige Indikatoren für geringeres Einkommen und Vermögen.

Die Fiktion eines homogenen Klassensubjekts muss folglich zugunsten einer Analyse der historisch-spezifischen Zusammensetzung sozialer Klasse(n) samt der darin implizierten Hierarchien-, Konkurrenz- und Machtverhältnisse aufgegeben werden. Zugleich muss gefragt werden, ob sich im Erfolg der Neuen Rechten nicht auch eine Reaktion auf die im Übergang zum Postfordismus partiell erfolgten Aufstiege, z.B. von hoch qualifizierten Frauen oder Migrant*innen ausdrückt, fordern diese doch die jahrhundertalte Gewissheit heraus, dass sich die Dividende weißer Männlichkeit zuverlässig auszahlt. Die partiellen Aufstiege wiederum schaffen neue strukturelle Ungleichheiten, etwa wenn privilegiertere Frauen die ihnen kulturell zugeschriebene und praktisch auferlegte Reproduktionsarbeit auf andere – oft migrantische – Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen übertragen: Ebenso wenig wie es ein homogenes Klassensubjekt gibt, existiert ein homogenes Subjekt „Frau“. Im Kontext der US-Wahl weist Angela McRobbie (2016) darauf hin, dass trotz der überraschend hohen Zahl an Frauen, die bei den jüngsten US-Wahlen für Donald Trump stimmten, gerade schwarze Frauen ihn mit deutlicher Mehrheit *nicht* wählten, weil die *relativ* privilegierte Position von weißen Frauen im fordistisch-keynesianischen Klassenkompromiss für sie nie in gleicher Weise existierte. Folglich konnten diese Frauen mit dem trumpschen Versprechen, Amerika wieder „great“ zu machen, nicht mobilisiert werden.

Was die Annahme eines homogenen Klassensubjekts betrifft, zeigt sich am Beispiel des Brexit, dass die einfache These, der Sieg der Brexit-Befürwortenden sei ein Aufschrei der abgehängten britischen Arbeiterklasse (vgl. McKenzie 2016), die Situation nur zum Teil erklärt und der Komplexität der realen Spaltungslinien nicht gerecht wird. Tatsächlich kamen viele Stimmen für den Brexit auch aus der Mittelklasse und vor allem stimmten viele ältere Wähler*innen pro Brexit (vgl. O'Reilly, 2017). Vorwiegend gegen den Brexit stimmte die Überzahl der jüngeren Wähler*innen, die durch die neoliberale Politik vom fordistisch-keynesianischen Klassenkompromiss ausgeschlossen wurden sowie Wähler*innen ethnischer Minderheiten, die noch nie vom Klassenkompromiss profitierten.

Wer rechts wählt, will eigentlich soziale Gerechtigkeit

Noch eine weitere Argumentationstendenz, die wesentlich die Notwehrthese begründet, erscheint uns diskussionswürdig: In vielen Beiträgen zum Erfolg der Neuen Rechten wird der Anhängerschaft rechtspopulistischer Parteien und

Bewegungen ein zwar verstelltes, prinzipiell aber legitimes oder sogar begrüßenswertes Begehren nach Gleichheit und/oder Gerechtigkeit unterstellt. Man wählt dann „im Grunde“ nicht rechts, weil man rassistische und nationalistische Welterklärungsangebote attraktiv findet, sondern weil man seine eigene Deklassierung kompensieren muss: Aus einem eigentlich Guten wird etwas Schlechtes. Im Umkehrschluss impliziert diese Argumentationsfigur zum einen, dass Rassismus und Nationalismus als logische Folgeerscheinungen der durch neoliberale Politik verursachten sozialen Spaltung, nicht aber als genuine ideologische Formationen verstanden werden. Zum anderen schrumpft der konzeptionelle Abstand zwischen rechtspopulistischen und linksemanzipatorischen Transformationsvorstellungen – im Grunde will man ja Ähnliches.

Die entsprechende Argumentationsfigur taucht einerseits eher *en passant* in Beiträgen auf, die ansonsten sehr differenziert argumentieren. So heißt es etwa im Editorial der Zeitschrift *Luxemburg*: „Der Wunsch nach Gerechtigkeit wird in Wut und Hass gegen eine offene und plurale Gesellschaft verkehrt.“ (Fried 2017) Auch Klaus Dörre (2017) geht davon aus, dass die bei Arbeiter*innen zu beobachtende Neigung zu rechtspopulistischen Welterklärungsangeboten im Kern auf ein „verletztes Gerechtigkeitsempfinden“ verweist. Und wenn Sighard Neckel (2016) erklärt, soziale Deklassierung käme einer „Einladung zum Ressentiment“ gleich, dann blendet die Metapher der Einladung aus, dass Rassismus keine spontane Reaktion, sondern ein ebenso verbreitetes wie fest verankertes Einstellungsmuster darstellt. Keineswegs *en passant*, sondern explizit ausgesprochen, behauptet diesen Zusammenhang Bernd Stegemann (2017), der die Konjunktur des Rechtspopulismus in ein bipolares Weltbild einsortiert, in dem auf der einen Seite die neoliberale Elite und die sie unterstützende Klasse der „Besitzindividualisten“ stehen und auf der anderen Seite all diejenigen, „die Solidarität und Gleichheit fordern“ (ebd.: 85). Konsequenter fordert er ein, die Linke müsse „ihre Angst vor dem Volk [...] überwinden“ (ebd. 91f.). Auch Nancy Fraser (2017) führt den Trump-Wahlsieg vor allem auf das verletzte Gerechtigkeitsempfinden der abgehängten weißen Arbeiter*innenklasse zurück – und begreift deshalb seine Wähler*innen auch als potenzielle Bündnispartner*innen für die Erneuerung der US-amerikanischen Linken. Die wiederum müsse sich positiv auf den „common cause“ zwischen „Immigranten, Feministinnen und people of colour“ auf der einen und den weißen „rust-belt“-Arbeitern, die Trump gewählt haben, auf der anderen Seite beziehen (ebd.). Während also die ökonomische Deklassierung als Kernmotiv der Wahlentscheidung ausgemacht wird, scheint die soziale Spaltung qua Rassismus deutlich weniger relevant gewesen zu sein – bzw. eine, die sich durch intelligentes Politikmanagement seitens der Linken überwinden lässt. Pointiert bringt diesen Zusammenhang Fatima El-Tayeb (2016: 19) auf den Punkt: „Bei Rassismus geht es scheinbar immer

um etwas anderes: Angst vor der Zukunft, wirtschaftliche Unsicherheit oder sozialistische Altlast“.

Werden nun aber – worauf rechtspopulistische Gesellschaftskonzepte im Kern zulaufen – Gleichheit und Gerechtigkeit für die je eigene Gruppe an der symbolischen und materiellen Deprivilegierung spezifischer Anderer (z.B. Migrant*innen, Frauen, Schwarze) gemessen, dann handelt es sich nicht um eine spezielle Spielart eines emanzipatorischen Universalismus, sondern um dessen äußersten Gegenpunkt. Von daher gibt es zwischen linken und rechtspopulistischen Politiken auch keine konzeptionelle Wahlverwandtschaft, sondern, im Gegenteil, maximale Distanz – eine Distanz, deren programmatische Überwindung nur um den Preis der radikalen Verschiebung resp. Verabschiedung emanzipatorischer Minimalstandards zu haben ist.

Wer ist schuld? Die „Identitätspolitik“!

Das Wörtchen „Identitätspolitik“ ist in der aktuellen Debatte zu einer ubiquitäreren Chiffre für die Probleme der Linken und ihrer Verantwortung für den Erfolg der Neuen Rechten avanciert (Lilla 2017; Baron 2016; Stegemann 2017; Jörke/Heisterhagen 2017). Problematisiert wird der vermeintlich partikulare Charakter von Identitätspolitiken sowie ihre Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus; im Zusammenspiel habe dies, so die Kritik, dazu geführt, dass Antworten auf Fragen sozialer Gerechtigkeit nicht mehr bei den Linken, sondern bei den Rechten gesucht werden.

Der Vorwurf, Identitätspolitik sei partikularistisch und würde damit den Universalismus der Kämpfe um soziale Gerechtigkeit unterminieren, verkennt den ursprünglichen Impuls vieler sozialer Bewegungen, die heute als „identitätspolitisch“ gelabelt werden: aufzuzeigen, dass und wo sich universale Versprechen als machtvollere Verallgemeinerungen der partikularen Interessen bestimmter sozialer Gruppen erweisen. Identitätspolitik bedeutet in diesen Fällen gerade nicht, „dass sich eine gesellschaftlich abgesonderte Gruppe mit ihren spezifischen Problemen beschäftigt, sondern dass aus einer marginalisierten Perspektive Missstände aufgezeigt werden, die mitten ins Herz der Gesellschaft führen“ (Putschert 2017: 20). Es ist das Dilemma von marginalisierten Gruppen, dass sie, um sichtbar zu werden, auf jene Differenz Bezug nehmen müssen, die ihre Ausgrenzung begründet. Und ja: mitunter wird die Betonung partikularer Identitäten zum Selbstzweck und verliert ihren politischen Impuls, die Partikularität der weiß-männlich-heterosexuell affizierten „Normalität“ zu überwinden und auf diese Weise eine Basis für gemeinsame soziale Kämpfe zu schaffen. Aber zum einen wird dies von den inkriminierten sozialen Bewegungen durchaus selbst

thematisiert und problematisiert und zum anderen rechtfertigt es nicht eine generelle Desavouierung des Kernanliegens emanzipatorischer „Identitätspolitik“.

Warum eigentlich, ist zudem zu fragen, gelten die Kämpfe von Frauen, Schwarzen oder Schwulen/Lesben als identitätspolitische Kämpfe, während das Leben und die darauf bezogenen Kämpfe (weißer, männlicher) Arbeiter als soziale und ökonomische Realität betrachtet werden? Der US-amerikanische Autor Ta-Nehisi Coates (2015), der seinem Sohn in *Between the World and Me* beschreibt, was es bedeutet, als Schwarzer in den USA zu leben, kommentierte via Twitter (1.12.2016) die Debatten um die Trump-Wahl mit der Beobachtung, „dass die Anliegen weißer Männer als ökonomisch gelten, während alle anderen sich angeblich nur über ihre Gefühle austauschten“ (Übers.: Autorinnen). Und wenn er hinzufügt „In Amerika ist ‘Klasse’ nicht die einzige Art der Klasse“ (Übers.: Autorinnen) – dann weist er die implizite Klassenfarbe „weiß“ zurück und verwehrt sich dagegen, dass die Kämpfe von Schwarzen und anderen „Minderheiten“ kein ökonomisches Anliegen hätten.

Auch der in der Debatte prominente Vorwurf der Komplizenschaft von Identitätspolitik und Neoliberalismus erscheint uns diskussionswürdig: Es soll hier nicht darum gehen, die soziologischen Vereinnahmungsdiagnosen – wie sie Boltanski und Chiapello (2001) für die „Künstlerkritik“ im Neoliberalismus oder Nancy Fraser (2009) für den liberalen Feminismus formuliert haben – komplett zurückzuweisen. Vielmehr spricht viel dafür, dass bestimmte Formen der Entfremungskritik, aber auch Diversity- und Gleichstellungspolitiken anschlussfähig an das neoliberale Projekt sind. Gegenwärtig wird die Diagnose aber in einer Radikalität pauschalisiert, die wir für problematisch halten. So gibt es – um nur ein Beispiel zu nennen – eben nicht nur einen liberalen, sondern auch einen kritischen (z.B. marxistischen, schwarzen) Feminismus (z.B. Bhandar/Ferreira da Silva 2013), und die Kämpfe der *Black Lives Matter*-Bewegung haben auch auf den zweiten Blick mit liberalem Multikulturalismus wenig zu tun. Hinzu kommt, dass in der gegenwärtigen Debatte meist nicht die mögliche Indienstnahme mit all ihren Ambivalenzen und parallelen emanzipatorischen Effekten, sondern die angeblich aktive Komplizenschaft von Identitätspolitik und Neoliberalismus im Zentrum steht.

Zur „Klassenvergessenheit“ der Intersektionalitätstheorie

Nichtsdestotrotz ist zu fragen, ob nicht jene Theorieströmungen, die sich der Dekonstruktion bzw. analytischen Durchdringung von Identitätszuweisungen und -aneignungen verschrieben haben, doch eine Mitverantwortung für die aktuelle Dynamik tragen. Diese Frage erscheint uns gerade mit Blick auf die

für die zeitgenössische Genderforschung so grundlegende Annahme von der Intersektionalität sozialer Identitäts- und Ungleichheitskategorien relevant. In aller Kürze: Ja, die Klassenvergessenheit der Gender- bzw. Intersektionalitätstheorie existiert – nämlich da, wo es zu einer systematischen Verwechslung bzw. Gleichsetzung von Klasse als sozialer Strukturkategorie, die auf ökonomischer Ausbeutung basiert, mit Klassismus als Diskriminierungspraxis kommt. Daraus folgend sind auch die Differenzen zwischen *race*, *class* und *gender*, die prominentesten intersektionalen Kategorien, konzeptionell immer noch ebenso unterbestimmt, wie die Differenz zwischen Diskriminierung und Ausbeutung als kategorial zu unterscheidende Macht- und Herrschaftstechniken: So führt etwa die Unterstellung von Unterklassenzugehörigkeit je nach konkreter Konstellation zwar zu vergleichbar abwertenden Symbolisierungen und exkludierenden Effekten wie rassistische oder sexistische Zuschreibungen. Davon abgesehen aber ist Klasse zunächst ein analytischer Begriff, der selbst schon, etwa bei Marx, gesellschaftskritisch gemeint ist, während Ethnizität oder Geschlecht genealogisch auf binär codierte Grundannahmen über die Differenz der Geschlechter, der Völker, der Kulturen und damit auf Herrschaftswissen zurückverweisen. *Race*, *class* und *gender* lassen sich deshalb nicht in paralleler Weise dekonstruieren und ihre Analyse stellt für sich genommen noch keine Gesellschaftstheorie dar (Soiland 2012).

Nur: Diese theoretischen Unschärfen sind erstens nicht allein von „der“ Gender- oder Intersektionalitätstheorie zu verantworten, sondern ebenso von jenen Ansätzen, die ihrerseits Fragen nach der Intersektion von z.B. Geschlecht und Klasse oftmals nur cursorisch aufrufen oder an die entsprechenden Gender-Expertinnen delegieren (etwa im Kontext der soziologischen Prekarisierungsdebatte; vgl. Aulenbacher 2009). Zweitens mindert die Diagnose einer konzeptionellen Leerstelle nicht die Bedeutung der theoretischen Perspektive insgesamt. Denn ein fundiertes Verständnis von Intersektionalität brauchen wir gerade in der aktuellen Situation dringend – nicht zuletzt um zu verstehen, wer sich auf Basis welcher multidimensionalen sozialen Positionierung tatsächlich von der Neuen Rechten angesprochen fühlt und wer nicht. Gerade *weil* kein homogenes Klassensubjekt existiert, gerade *weil* wir es nicht mit einer Rückkehr des Hauptwiderspruchs zu tun haben, gerade *weil* die soziale Frage aufs Tiefste verschränkt (aber nicht identisch) ist mit Rassismus, Nationalismus, Antifeminismus und Sexismus brauchen wir kritische Ansätze, die in der Lage sind, diese Analyseebenen zusammenzubringen. Und drittens schließlich findet sich die Verwechslung von Klasse mit Klassismus auch in der derzeitigen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten wieder: Symbolische und materielle Deklassierung werden kaum differenziert und der analytische Begriff der Klasse wird – jedenfalls dort, wo er gegen „die Falle der Identitätspolitik“ (Jörke/Heisterhagen 2017) in Anschlag gebracht

wird – um eben jene Intersektionalitäten bereinigt, die einzubeziehen für eine Klassenanalyse grundlegend wäre.

Fazit

Warum ist die Diagnose, die ökonomisch und/oder kulturell De-Klassierten würde sich aus Notwehr nach rechts wenden, derzeit so populär? Vielleicht scheint hier ja die Sehnsucht nach einem verloren geglaubten revolutionären (Arbeiter-) Subjekt auf – einem Subjekt, das zwar in die falsche Richtung läuft, aber dies immerhin aus den richtigen Gründen, und das deshalb von links auch „nur“ noch zurückgewonnen werden muss. Manchen erscheint eine solche Rückgewinnung offenkundig attraktiver oder leichter zu realisieren als eine theoretisch wie praktisch eindeutige Positionierung an zwei Fronten – gegen Neoliberalismus und (alte wie neue) Rechte gleichermaßen. Wenn die Rückbesinnung auf die soziale Frage im Modus der Revitalisierung eines eigentlichen, homogenen Klassensubjekts erfolgt, werden in dieser Engführung die tatsächlichen komplexen Klassenverhältnisse der Gegenwart faktisch dethematisiert: „Die im New Yorker Call Center arbeitende queere Migrantin gehört ebenso zur Arbeiterklasse wie der kräftige Bergarbeiter in einer Rostgürtel-Stadt des mittleren Westens. Der Nativismus mancher Trump-Anhänger*innen unter den Arbeiter*innen ist, mit anderen Worten, nicht unbedingt der authentische und unveränderliche Ausdruck einer Arbeiterklassenerfahrung.“ (Sparrow 2017, Übers.: d. Autorinnen). Genau diese tatsächlichen Klassenverhältnisse sollten aber der Ausgangspunkt für eine emanzipatorische und zeitgemäße Politik sein, die sich der Hierarchisierung von gesellschaftlichen Widersprüchen und der damit verbundenen Tendenz zur Verharmlosung von Rassismus und Sexismus verweigert.

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte (2009): Die soziale Frage neu gestellt – Gesellschaftsanalysen der Prekarisierungs- und Geschlechterforschung. In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung*. Frankfurt/M-New York: 65-77.
- Baron, Christian (2016): *Proleten Pöbel Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten*. Berlin.
- Bhandar, Brenna/Ferreira da Silva, Denise (2013): White Feminist Fatigue Syndrome. In: *Critical Legal Thinking*, 23.11.2013.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz.
- Coates, Ta-Nehisi (2015): *Between the World and Me: Notes on the First 150 Years in America*. New York.
- Dörre, Klaus (2017): In einem abgekoppelten Wagen (Interview). In: *Neues Deutschland*, 23.6.2017.
- El-Tayeb, Fatima (2016): Deutschland postmigrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66(14-15): 15-21.

- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. Berlin.
- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, In: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): *Das Ende des Kasino Kapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: 86-100.
- Fraser, Nancy (2017): Against Progressive Neoliberalism, A New Progressive Populism. URL: https://www.dissentmagazine.org/online_articles/nancy-fraser-against-progressive-neoliberalism-progressive-populism, Zugriff: 10.7.2017.
- Fried, Barbara (2017): Die Linke im Einwanderungsschland. Emanzipatorische Klassenpolitik für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft. In: *Luxemburg* 1/2017: 10-15.
- Jörke, Dirk/Heisterhagen, Nils (2017): Was die Linken jetzt tun müssen. In: *FAZ*, 26.1.2017.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2015): Der hilflose Antipopulismus. In: *Leviathan* 43(4): 484-500.
- Jones, Owen (2012): *Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse*. Mainz.
- Lilla, Marc (2017): Das Scheitern der Identitätspolitik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62(1): 48-51.
- McKenzie, L. (2016): EU Referendum: Many Don't Care What Happens Next, They Just Wanted Change. In: *Times Higher Education*, 24.6.2016.
- McRobbie, Angela (2016): Anti-feminism Then and Now. In: *Open Democracy*, 28.11.2016.
- Neckel, Sighard (2016): Aus Scham wird Rache. In: *Süddeutsche Zeitung*, 22.11.2016.
- Nölke, Andreas (2017): Vortrag im Panel: „Klassenpolitik und/oder Identitätspolitik?“, Tagung „Arbeiterbewegung von Rechts?“, 22.-24. Juni 2017, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- O'Reilly, Jacqueline (2017): The Fault Lines Unveiled By Brexit. In: *Socio-Economic Review* 14(4): 808-814.
- Putschert, Patricia (2017): Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik. Lernen vom Combahe River Collective. In: *Widerspruch* 36(1): 15-24.
- Sparrow, Jeff (2017): Class and identity politics are not mutually exclusive. In: *guardian*, 18.11.2016.
- Soiland, Tove (2012): Die Verhältnisse gingen und die Kategorien kamen. URL: <http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/ueberblickstexte/soiland/>, Zugriff: 10.7.2017.
- Stegemann, Bernd (2017): Der liberale Populismus und seine Feinde. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62(4): 81-94.
- Streeck, Wolfgang (2017): Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression*. Berlin: 253-275.
- Žižek, Slavoj (2017): Zukunft nach Trump: Mehr Selbstkritik bitte!. In: *NZZ*, 3.2.2011.